

Fraktion DIE LINKE.

Fraktionvorsitzender

Frank Theile

Erklärung zur Drucksache DS0455/11 „Haushaltsplan 2012“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
werte Gäste,

bereits im September 2011 machten wir als DIE LINKE.-
Stadtratsfraktion, anlässlich der Debatte zum
Eckwertebeschluss für den Haushalt 2012 deutlich, warum wir
in den zurückliegenden Jahren – trotz erheblicher Bedenken
und eindringlicher Mahnungen – den vom Landesver-
waltungsamt geforderten und vom Stadtrat der
Landeshauptstadt Magdeburg demokratisch beschlossenen
Haushaltkonsolidierungskurs der Landeshauptstadt stets
Mitgetragen haben. In den zurückliegenden Jahren auch und vor
allem in der Überzeugung, dass nur ein solider, ausgeglichener
Haushalt Gewähr dafür bietet, auch in Zukunft nachhaltig die
vielfältigen Aufgaben unseres Gemeinwesens auf der
Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen zu
können, soziale Problemlagen zu beseitigen, der Wirtschaft
und der Kultur der Landeshauptstadt den Boden für
Entwicklung und Investitionen ebnen zu können. An dieser
grundsätzlichen Position meiner Fraktion hat sich auch bis
heute nichts geändert. Was sich allerdings auf dem Gebiet der Bundes- und
Landesfinanzpolitik in jüngster Vergangenheit vollzog und nun
mit dem vorgelegten Stadthaushalt 2012 unmittelbar und mit
deutlicher Härte auch auf die Landeshauptstadt Magdeburg
und deren Bürgerinnen und Bürger durchschlägt, ist für uns als

linke Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht mehr tolerabel.

In fataler Kausalität beginnt sich die Rettungsschirmpolitik des Bundes im Sog milliardenschweren Finanzspritzen für Banken, Börsenspekulanten und Finanzjongleure, der Kosten einer fragwürdigen Kriegsbeteiligung in Afghanistan und auf anderen militärischen Schauplätzen belastend auf die Finanzbeziehungen des Bundes gegenüber den Ländern auszuwirken.

Diese wiederum sehen, wie offensichtlich auch das Land Sachsen-Anhalt, die Rettung ihrer jeweiligen Haushalte in einer beispiellosen Kürzungspolitik gegenüber den Kommunen.

Ich erinnere an dieser Stelle an die unsäglichen öffentlichen Auseinandersetzungen zum ursprünglichen Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und dem SPD-Finanzminister Bullerjahn im Herbst 2011.

Diese Auseinandersetzung, gestützt durch den Stadtratsbeschluss zur DS 0384/11, machte von Seiten des Stadtrates und der Verwaltung der Landeshauptstadt im Kern auf eine vollkommen widersinnige Landesfinanzpolitik vor allem gegenüber solcher Kommunen wie Magdeburg aufmerksam, die bisher durch solide Haushaltsführung systematische Konsolidierungserfolge erreichten und denen nun in Höhe der jeweiligen Sparerfolge mittels Finanzausgleichsgesetz Kürzungen in nicht mehr beherrschbarer Höhe drohten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Haushalt 2012 zeigt sich, dass die Kritik der Fraktion DIE LINKE. und unsere mehrheitliche Ablehnung des Punktes 3 zur Drucksache DS 0348/11 in jeder Hinsicht berechtigt und zutreffend waren.

Die Folgen des am 15.12.2011 durch den Landtag verabschiedeten Finanzausgleichgesetzes treffen, wenn wir uns heute die zur Entscheidung vorgelegten „Konsolidierungsvorschläge zur Amortisation der FAG-Mindererträge 2012“ ansehen, mit 857.300,00 Euro den Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Kulturbereich, hier vor allem zahlreiche Bedürftige und mit 2,5 Millionen Euro alle Magdeburger Grundstückseigentümer und deren Mieter.

Damit werden die Lasten einer verfehlten Finanzpolitik, für jedermann sichtbar, in Magdeburg zu aller erst und zum größten Anteil durch die Bürgerinnen und Bürger zu tragen sein.

Dies ist nicht die Politik die wir als LINKE.-Stadtratsfraktion vertreten.

Vollkommen unklar bleibt darüber hinaus, selbst wenn der Haushalt 2012 heute verabschiedet werden sollte, wie wir im Jahr 2012 unter den gegebenen Bedingungen des FAG den immer noch vorhandenen Schuldenberg von rund 180 Mio Euro im Rahmen der vom Landesverwaltungsamt geforderten und vom Stadtrat beschlossenen Konsolidierung planmäßig weiter abtragen wollen.

Unklar ist ferner, wie es in Zukunft angesichts der derzeitigen Regelungen des FAG überhaupt weitergehen soll. Welche Steuer werden wir in 2013 erhöhen müssen bzw. welche Dienstleistung oder freiwillige Leistung werden wir zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger einschränken müssen, um auch in

Zukunft einen ausgeglichenen Stadthaushalt überhaupt noch irgendwie „hin basteln“ zu können.

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, für diese Kürzungspolitik zu Lasten der Allgemeinheit lassen wir uns als DIE LINKE.- Stadtratsfraktion auch zukünftig nicht mit in die Verantwortung nehmen.

Wir haben in der zurückliegenden Haushaltsperiode 2011 mehr als nur einmal darauf hingewiesen, an welcher Stelle wir signifikante Haushaltskonsolidierungs- bzw. Einsparungsmöglichkeiten sehen. Beispielhaft seien hier die aus unserer Sicht vollkommen überzogenen Aufwendungen für eine „OTTO“-Imagekampagne in Höhe von mindestens 1,5 Millionen Euro genannt.

Diese Kampagne hat, außer dass ein externes Marketingunternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil der zur Verfügung gestellten Summe vertragsgemäß als Honorar eingenommen hat, viele bunte Bilder und Werbeartikel hervorgebracht und einer Reihe von Veranstaltungen als Überschrift gedient, die traditionell auch ohne die Kampagne stattgefunden hätten.

Wir sind deshalb der Auffassung, dass solange wir Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Interessengruppen und anderen Akteuren bürgerschaftlichen Engagements Zuwendungseinschränkungen zumuten müssen, solange wir zu Kürzungen im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereich gezwungen sind und solange wir Grundstückseigentümern und Mietern mit Grundsteuererhöhungen in die Tasche fassen, ist kein Platz mehr da für nutzlose, weil aufgesetzte Imagekampagnen.

Wir geben auch all jenen zu bedenken, die sich von einer Landesgartenschau im Südosten unserer Landeshauptstadt

„Blühende Landschaften“ und signifikante wirtschaftliche Erfolge versprechen, dass vor jedem wirtschaftlichen Erfolg, den obendrein niemand garantieren kann und der bei den meisten Städten, die bisher eine Landesgartenschau durchführten, auch nicht eingetreten ist, zuerst Investitionen und finanzielle Eigenleistungen in nicht unbeträchtlicher Höhe stehen.

In der derzeitigen Haushaltslage, besonders im Hinblick auf unsere Pflichten zum Schuldenabbau und vor allem auch im Angesicht der heute zur Beschlussfassung anstehenden Kürzungen, sehen wir für die Übernahme der mit einer Landesgartenschau verbundenen finanziellen Eigenleistungen und wirtschaftlichen Risiken in Millionenhöhe keinerlei Spielraum.

Als Linke-Stadträtinnen und Stadträte sehen wir uns zunehmend unserer Gestaltungsrechte im Sinne einer wirklichen Einflussnahme auf die Verwendung der Finanzmittel unserer Stadt beraubt. Ganz einfach, weil es im Grunde genommen, abgesehen von der Zustimmung zur Finanzierung der Pflichtaufgaben unserer Stadt, kaum noch etwas im Sinne der vielfältigen Interessenlagen der Bürgerinnen und Bürger, Vereine und sonstiger Akteure bürgerschaftlichen Engagements zu verteilen gibt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Sie und uns, meine Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, aber nicht dafür gewählt, dass wir die Konsequenzen einer fragwürdigen Bundes- und Landespolitik „abnicken“ sondern, um in ihrem Auftrag und in ihrem Interesse Magdeburg zu gestalten und zu entwickeln.

Mit dem heute vorgelegten Haushalt und den so genannten „Konsolidierungsvorschlägen zur Amortisation der FAG-Minderungsbeträge 2012“ - besser dem sozialen und kulturellen Kürzungs- und Steuererhöhungsprogramm“, werden wir zwar gerade noch so einen buchhalterischen Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben des Stadthaushaltes erreichen, nicht aber den eigentlichen Auftrag der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt erfüllen.

Als LINKE Stadtratsfraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen wir uns jedoch, mit einer etwaigen Zustimmung zu einem Stadthaushalt von dem im Grunde genommen alle wissen, dass er den wirklichen Anforderungen unserer Stadt nicht entspricht, nicht vor den Karren einer verfehlten Bundes- und Landesfinanzpolitik spannen.

Die Vorschläge der LINKEN Landtagsfraktion zum FAG des Landes Sachsen-Anhalt, welche begründete und finanzierbare Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung der Finanznot nicht nur der Landeshauptstadt Magdeburg enthielten, wurden durch eine CDU/SPD-Koalition abgelehnt. Herausgekommen ist mit dem FAG in der jetzigen Form ein, wie ich meine, fauler Kompromiss, den im konkreten Fall die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg nunmehr mit Kürzungen freiwilliger, überwiegend sozialer Leistungen und mit Steuererhöhungen bezahlen müssen.

Aus all diesen genannten Gründen wird die Fraktion DIE LINKE daher mehrheitlich dem Stadthaushalt 2012, einschließlich des vorgelegten Kürzungsprogramms, keine Zustimmung erteilen.

Als DIE LINKE.-Stadtratsfraktion appellieren wir darüber hinaus an die Landes- und Bundespolitik, endlich den Blick auf die

wirkliche Sachlage in den Kommunen zu richten und diese, so wie es die Gesetzgebung im Land Sachsen-Anhalt eigentlich vorschreibt, mit angemessenen und damit aufgabenbezogenen Finanzen auszustatten.

Ungeachtet dessen, möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die umfangreiche und komplizierte Arbeit zur Erstellung der Haushaltsplanung bedanken.

Wir bedanken uns auch bei Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, für Ihre persönlichen, wenn auch in der Endkonsequenz leider offensichtlich erfolglosen Bemühungen, im Herbst 2011 der Öffentlichkeit und Ihrem Parteifreund Finanzminister Bullerjahn, deutlich zu machen, vor welchen gravierenden finanziellen Problemen die Landeshauptstadt Magdeburg gegenwärtig und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft steht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Frank Theile

Fraktionsvorsitzender